

Stéphanie Burgaud, La politique russe de Bismarck et l'unification allemande. Mythe fondateur et réalités politiques, Strasbourg (Presses universitaires de Strasbourg) 2010, 504 S., ISBN 978-2-86820-406-6, EUR 36,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Josef Becker, Augsburg

Dieses Buch geht auf eine zweibändige *thèse* zurück, mit der sich die jetzt am IEP in Toulouse lehrende Autorin 2008 an der Sorbonne habilitierte. Noch im gleichen Jahr hat Stéphanie Burgaud für diese Untersuchung den renommierten Prix Pierre Grappin erhalten, den die Association pour le développement des études germaniques en France jährlich für eine herausragende wissenschaftliche Arbeit verleiht. Die hohen Erwartungen, die man daher an diese Habilitationsschrift richten durfte, werden nicht enttäuscht.

Ihrer Problematik geht Burgaud in drei ungefähr gleich großen Kapiteln nach: Ein erster Teil ihres Buches ist der Alvenslebenschens Konvention und ihrer Einordnung in die zeitgenössische Mächtepolitik gewidmet (1863: Un ›coup diplomatique‹ fondateur?); der Mittelteil analysiert Bismarcks Politik angesichts der »neutralité malveillante« des Zarenreichs 1864–1866; während die europäischen Entscheidungsjahre 1866–1871 mit ihren »chances de la coopération prusso-russe« – als eine der Vorbedingungen für die Isolation des preußisch-deutschen Konflikts von 1870 mit Frankreich – im Zentrum des dritten Kapitels stehen.

Ein umfangreicher Anhang mit einem eindrucksvollen Verzeichnis archivarischer Quellen aus Russland und Deutschland, mit (nicht nur für ein französisches Lesepublikum) aufschlussreichen Karten und für das Thema wichtigen Stammbäumen europäischer Fürstenhäuser sowie einigen bislang nicht publizierten zentralen Dokumenten aus russischen Archiven und ein vorzüglich kommentiertes Personenregister schließen den Band ab. Die Reproduktion von Karikaturen aus der satirischen Presse der Zeit (Paris, Wien, London, Frankfurt, Stuttgart, München) vermittelt etwas von dem publizistischen Flair und der politischen Atmosphäre des Jahrzehnts zwischen 1862 und 1871. Nicht zuletzt: Es verdient schon an dieser Stelle hervorgehoben zu werden, dass Burgaud mit der Erschließung einer Vielzahl russischer Archivalien – zu erwähnen ist insbesondere das Auffinden der Gortschakow-Papiere – unter den nicht-russischen Historikern Pionierarbeit geleistet hat; von ihrer Pionierarbeit konnte auch in großem Umfang – noch vor dem Erscheinen der Habilitationsschrift – der Schlussband der Akten zur Auswärtigen Politik Preußens mit der Identifikation durch die Autorin der heutigen Fundorte von Schriftstücken profitieren, die vor 1939 für die preußische Aktenedition gesammelt worden waren¹.

Burgaud nimmt als Ausgangspunkt bei ihren Untersuchungen den Befund, dass – gestützt durch die Autorität von Bismarcks Darstellung in den »Gedanken und Erinnerungen« – seit Sybel in der deutschen Geschichtsschreibung über die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinaus eine (zunächst

¹ Vgl. dazu die doch wohl zu knappe Notiz des Herausgebers Winfried Baumgart in: Akten zur Auswärtigen Politik Preußens, Abt. 2, Bd. VII, Berlin 2008.

dominierende) Tendenz bestand, in der Alvenslebenschen Konvention einen gelungenen Schachzug zu sehen, der für Bismarck bis zur Reichsgründung eine Basis der internationalen Rückendeckung durch St. Petersburg sicherte (was zum Teil noch in heutigen Schulbüchern als gesichertes Erkenntnis fortlebt). Das vor allem durch Quellen aus den russischen Archiven (und den kritischen Vergleich von Akten preußischer Provenienz) belegte Fazit des ersten Teils von Burgauds eindringlichen Analysen: Der Zar nahm zwar die Mission Alvensleben als Zeichen der dynastischen Solidarität des westlichen Juniorpartners positiv auf; Gortschakow informierte aber sofort Wien und machte damit deutlich, dass er Bismarcks Schritt in der polnischen Frage mit dessen Umwandlung in eine kollektive Aktion der drei Teilungsmächte zu neutralisieren gedachte. Den »hastigen Rückzug« (Otto Pflanze) des preußischen Ministerpräsidenten von seiner einseitigen Demarche an der Newa bezeichnet Burgaud zu Recht als ein »fiasco«, als ein komplettes Scheitern von Bismarcks Versuch, Preußens Stellung im europäischen Mächtesystem in dieser polnischen Krise entscheidend zu stärken und die kleinste der fünf Großen Mächte »auf Augenhöhe« mit Russland, England, Frankreich und Österreich zu bringen.

Burgaud betont allerdings auch mit Nachdruck, dass die Großmachtposition Preußens unabdingbar mit dem Fortbestand der Polnischen Teilungen verbunden war. Um aus einem Erlass Bismarcks vom Februar 1863 zu zitieren: »Die Herstellung eines unabhängigen polnischen Staates zwischen Schlesien und Ostpreußen mit der konsequenten Begehrlichkeit nach Posen und nach der für ein selbständiges Polen unentbehrlichen Weichselmündung würde eine permanente Drohung gegen Preußen bilden und einen der äußersten militärischen Leistung, zu welcher das neue Polen befähigt wäre, gleichkommenden Teil der preußischen Armee dauernd neutralisieren. Befriedigen könnten wir die Ansprüche, welche dieser neue Nachbar auf unsere Kosten erheben würde, niemals. Sie würden außer Posen und Danzig sich demnächst auf Schlesien und Ostpreußen richten, und die Landkarten, in welchen die Träume der polnischen Insurrektion ihren Ausdruck finden, bezeichnen Pommern bis an die Oder als polnische Provinz«. Es hat der maßgeblichen Teilnahme des wilhelminischen Kaiserreichs an der Auslösung des Ersten wie der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch das NS-Regime an der Spitze der preußisch-deutschen Großmacht bedurft, bis sich (*mutatis mutandis*) dieser *cauchemar* des Reichsgründers erfüllte: mit dem Verlust der wesentlichen Territorialgewinne Preußens aus den Polnischen Teilungen 1773–1795 wie der Wiederherstellung Polens durch die Ergebnisse des Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Sanktionierung dieser Revision und durch den übermächtigen Druck der Sowjetunion zur Westverschiebung Polens bis an Oder und Neiße (wie der Annexion des Königsberger Gebiets durch die UdSSR bis zur nord-östlichen Grenze des Ermlandes).

Burgauds analytische Fähigkeiten bewähren sich bis in die feinsten Verästelungen diplomatischer Manöver bei der Untersuchung der Vorgeschichte des Krieges von Österreich und Preußen gegen Dänemark 1864 und Bismarcks »Sezessionskrieg« (Ernst R. Huber) 1866 mit dem Deutschen Bund und seiner habsburgischen Vormacht. Für ein Beispiel sei verwiesen auf die Interpretation eines Quellenfundes (S. 311ff.), den Burgaud in den Papieren Gortschakows machte und auf den sie vor einigen Jahren bereits in der »Revue d'histoire diplomatique« hinwies. Das Dokument fiel in die Phase der russischen Politik im Juli–August 1866, als Gortschakow nach dem Scheitern seines europäischen

Konferenzplans für eine Vermittlung der Neutralen im Konflikt Berlin-Wien-Deutscher Bund intern die Parole für die Wende zu einer »politique purement russe« ausgab. In diesem Zusammenhang handelte sich um den ersten Hinweis in den russischen Akten darauf, dass St. Petersburg mit seiner Schwarz-Meer-Klausel konkret an die Kündigung des Pariser Friedens von 1856 dachte. Das geschah noch in der ersten Hälfte des August, nicht erst im September 1866, wie Ende der 1930er Jahre der amerikanische Historiker Chester Clark gemeint hatte, der zunächst auf einen entsprechenden Hinweis in den russischen Akten gestoßen war. Für diesen Schritt schuf dann bekanntlich der Deutsch-Französisch Krieg vier Jahre später die günstigen internationalen Voraussetzungen.

Im Übrigen: Burgaud belegt aus den russischen Akten erneut und mit interessanten Details, dass nicht der Zar, wohl aber Vizekanzler Gortschakow und wesentliche Teile der russischen Regierung wie der Öffentlichkeit 1866 für eine Fortdauer des deutschen Dualismus bei (fortbestehender) »prééminence autrichienne« votierten; sie hielten die russischen Interessen auf dem Balkan dann für eher gesichert als bei einem Ausscheiden der Habsburger aus dem Deutschen Bund und anschließender, verstärkter Orientierung Österreichs in den russischen Interessenbereich der Orientalischen Frage hinein. Burgaud hat zu diesem Aspekt auf Grund erstmals erschlossener russischer Akten einen sehr differenzierten Beitrag geleistet.

Das dritte Kapitel ist der Entwicklung der preußisch-russischen Beziehungen seit dem Ende von Bismarcks preußischem Sezessionskrieg 1866 bis zum Abschluss des Deutsch-Französischen Krieges gewidmet. Auch in diesem Zeitabschnitt beeindruckt Burgaud durch die Fülle an neu erschlossenen Quellen vor allem aus den russischen Archiven und überzeugt mit ihren sorgfältigen und nuancierten Analysen. Gegen Ende ihres Buches zieht sie das Resümee, dass Bismarck wusste, was seine kleindeutsche Reichsgründungspolitik dem Scheitern zweier russischer Initiativen zu verdanken hatte: dem vergeblichen Versuch von St. Petersburg, 1866 die Einberufung einer europäischen Konferenz zu erreichen, was eine Art Wiederherstellung des »Europäischen Konzerts« und damit ein Veto gegen weitreichende politische Veränderungen im Bereich des Deutschen Bundes bedeutet hätte.

Ähnliches gilt für die russische Vermittlungsinitiative nach dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges. Vor Anfang September 1870, vor Sedan, hatte die russische Politik primär auf die Rettung des europäischen Gleichgewichts vor der »napoleonischen Inkompetenz« (S. 394) gezielt; noch Mitte August war St. Petersburg gegen eine Annexion von Elsass und Lothringen, eine Forderung, die sich damals schon in allen relevanten politischen Lagern in Deutschland abzeichnete. Gortschakow spielte mit dem Gedanken, das Elsass mit Luxemburg zu vereinigen und damit einen Pufferstaat zwischen Frankreich und Preußen zu schaffen. Der Zar hat das Prinzip der Annexion von Elsass und Lothringen Ende September–Anfang Oktober akzeptiert. Ende Oktober schließlich teilte ein Zirkular Gortschakows mit, dass sich Russland nicht mehr an die Bestimmungen des Pariser Friedensvertrags von 1856 über die Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres und damit an die Beschneidung seiner Souveränität an seiner Südflanke gebunden fühle. Der Weg war für Bismarck frei für eine definitive Entscheidung auf dem Schlachtfeld in Frankreich ohne eine störende europäische Intervention über

den preußisch-deutschen Anspruch auf die kleindeutsche Einigung wie auf den Primat in Mittel- und Westeuropa. In dem Ringen Bismarcks mit Gortschkow – zweier Prototypen der machiavellistischen Realpolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – hatte der russische Staatsmann den Kürzeren gezogen.

Zum Schluss eine Randnotiz zur Periodisierung der spanischen Thronkandidatur. Burgaud setzt (S. 366) die Wiederbelebung von Bismarcks Versuchen, nach der spanischen September-Revolution 1868, einen Berlin genehmen Thronkandidaten in Madrid durchzusetzen, auf den April 1870 an. Marschall Prim's Angebot der Krone Karls V. an die Sigmaringer Hohenzollern von Ende Februar 1870 war in Berlin in dem »Geheimen Conseil« vom 15. März dilatorisch entschieden worden. Am 22. April – während einer schweren Erkrankung Bismarcks in Varzin – wies der König (gedrängt von Königin Augusta, die einen schweren, wahrscheinlich kriegerischen Konflikt mit Frankreich befürchtete) den Staatssekretär Thile an, die spanische Regierung zu informieren, dass das Hohenzollern-Projekt gescheitert sei. Der in Madrid weilende engste Mitarbeiter Bismarcks in dieser Kandidaturfrage, Lothar Bucher, ließ die spanische Regierung wissen, sie solle diese Mitteilung als »non avenue« behandeln. Bismarck selbst kehrte erst am 21. Mai aus Varzin nach Berlin zurück, wo er (nach Ausweis der Akten) in Verbindung mit dem Kronprinzen hinter dem Rücken des Königs die Kandidatur des Erbprinzen Leopold definitiv wiederbelebte und die letzte Phase der unmittelbaren Vorgeschichte des Kriegsausbruchs 1870 eröffnete.

Der allgemeine Befund aus diesem Buch: Der ursprüngliche Gründungsmythos für das Bismarck-Reich, soweit er auf dem Schachbrett der internationalen Politik die Rolle Russlands betrifft, ist nicht haltbar. Das trifft sich u. a. mit dem Urteil deutscher Osteuropa-Historiker über die Position des Zarenreiches und seiner temporären Zurückhaltung bei den mitteleuropäischen Entscheidungen in der Krimkrieg-Konstellation der 1860er Jahre, d. h. solange der Pariser Friedensvertrag von 1856 mit der Demilitarisierung des Schwarzen Meeres fortbestand. Das Fortleben des Bismarck-Mythos auch in diesem Bereich verschleierte, dass die internationale Position des Deutschen Reiches von Anfang an viel prekärer war, als es die pauschale Legende von der Haltung Russlands gegenüber der Entscheidung über den deutschen Dualismus und über den preußisch-deutschen Antagonismus mit Frankreich um den politischen Primat in Europa wollte. In Russland gab es starke Kräfte, die in Bismarck (irrigerweise) die persönliche Triebkraft eines kaschierten »Pangermanismus« sahen, der auf kurze oder mittlere Sicht die russischen Interessen bedrohen würde (Baltikum).

Der Grundstein für die internationale Bündnisproblematik im Übergang zur Nach-Bismarck-Zeit war damit schon in der Entstehungszeit der preußisch-deutschen Großmacht gelegt – es sei denn, das Reich war bereit, in der Stellung eines Juniorpartners seine unabhängigen Weltmachtambitionen (von der strategisch nicht gedeckten Basis in Mitteleuropa aus) aufzugeben. Militärisch entsprachen dem seit den 1870er Jahren die Planspiele des preußischen Generalstabs für einen Zweifrontenkrieg (bei Abstinenz Großbritanniens – wie 1914 und 1939!).

Es war für Bismarcks Nachruhm ein Glück, dass er diese Probe für die Dauer seiner Machtstaatsgründung in der Mitte Europas nicht mehr erleben musste; die internationalen Verhältnisse

im Zeitalter der imperialistischen europäischen Expansion und seine diplomatische Kunst waren (schon gegen Ende seiner Amtszeit schwindende) Voraussetzungen dafür, dass er in einer internationalen Krise den Acheron nicht selbst entfesseln musste, um sein Werk zu retten oder mit ihm zu scheitern – nach dem von Bismarck für Krisensituationen wiederholt zitierten Aeneis-Vers »flectere si superos nequeo, Acheronta movebo« (vgl. die andere Akzentuierung bei Burgaud, S. 176).

Stéphanie Burgauds Buch hat in Frankreich wie in der Bundesrepublik (abgesehen von einer mäkkelnden HZ-Besprechung vom nationalpatriotischen Kothurn herunter) viele lobende Rezensionen erfahren. Nach ihrem – von zahlreichen Zeitschriftenaufsätzen begleiteten – erfolgreichen Debüt in der Historikerzunft kann man nur wünschen, dass die Historikerin in Toulouse die Möglichkeit behält, ihre wissenschaftlichen Arbeiten ohne wesentliche Beeinträchtigung fortzuführen. Auf die geplante Gortschakow-Monographie darf man gespannt sein – nach diesem fulminanten Einstieg in die Geschichte der internationalen Beziehungen im europäischen Mächtesystems während der beginnenden Bismarck-Ära².

² Stéphanie Burgaud weist (S. 434, Anm. 7) auf ein von ihr maßgeblich mitinitiiertes Sorbonne-Colloquium vom Januar 2009, »Les nouvelles voies historiographiques du Second Empire«, hin; unter diesem Titel sollten seine Resultate, hg. von Jacques Olivier Boudon, Éric Anceau und Stéphanie Burgaud, voraussichtlich im September 2009 in den PUPS veröffentlicht werden. Eine von mir als Autor des Colloquiums an Herrn Boudon gerichtete Anfrage über den Zeitpunkt des Erscheinens blieb leider ohne Antwort.